

<b>ANTRAG</b> Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadträtin Sabine Just-Höpfinger (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 16. Januar 2009	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>60. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>10.03.2009</b> <b>1678</b> <b>15</b> <b>öffentlich</b>
<b>Luftschadstoffmessungen an ausgewählten Standorten</b>		

- 1) Die Stadtverwaltung stellt dar, wo das landesweite Messnetz der LUBW hinsichtlich einer flächendeckenden Erhebung von Luftschadstoffen (insbesondere Feinstaub und Stickoxide) für das Karlsruher Stadtgebiet Lücken aufweist.
- 2) An Stellen, die durch das LUBW-Messnetz nicht erfasst sind, an denen aber
  - a) aktuell starke Luftbelastungen vermutet werden oder
  - b) im städtischen Immissionsgutachten starke Zusatzbelastungen durch die Verbrennungsanlagen von EnBW und Stora Enso prognostiziert sind,lässt die Stadt temporäre Messungen für Feinstaub und Stickoxide über Kleinmessstationen der LUBW durchführen.
- 3) Die zusätzlichen Messungen müssen räumlich und zeitlich so durchgeführt werden, dass auch Immissionen bei Inversionswetterlagen in vollem Umfang mit erfasst werden.
- 4) Die Messungen werden zuerst an den unter 2b) genannten Standorten in den westlichen und nordwestlichen Stadtteilen durchgeführt, die von den Emissionen der neuen Verbrennungsanlage besonders betroffen sein werden.
- 5) Bei den unter Punkt 2b) genannten Standorten erfolgen Vorher-Nachher-Messungen, um zusätzliche Luftbelastungen durch EnBW und Stora Enso zu identifizieren und die Aussagen des 2007 im Auftrag der Stadt erstellten Immissionsgutachtens zu verifizieren.

#### **Sachverhalt/Begründung:**

Das landesweite Luftmessnetz der LUBW weist große Lücken auf. Dadurch ist es vielerorts nicht möglich, die tatsächlichen Immissionsbelastungen in Karlsruhe realistisch einzuschätzen. Dies ist aber eine zwingende Voraussetzung zur Analyse

möglicher Grenzwertüberschreitungen, insbesondere bei den für Karlsruhe besonders kritischen Luftschadstoffen Feinstaub und Stickoxide.

Um hier zu zuverlässigen Aussagen zu kommen und die Karlsruher Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen vor Grenzwertüberschreitungen zu schützen, sind an einigen Standorten im Stadtgebiet zusätzliche Messungen erforderlich. Die LUBW bietet zu diesem Zweck die Durchführung einjähriger Messungen über eine Kleinmessstation an.

Die Karlsruher Bevölkerung hat außerdem einen Anspruch darauf, über die zusätzlichen Immissionsbelastungen an ihrem Wohn- und Arbeitsort informiert zu werden, welche durch neue Großemittenten wie das EnBW-Kohlekraftwerk und den Verbrennungsofen von StoraEnso verursacht sind.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach

Sabine Just-Höpfinger

Hauptamt - Sitzungsdienste -

26. Februar 2009